



## Bundesinnenminister de Maizière trifft Vertreter islamischer Verbände

Bundesinnenminister de Maizière trifft Vertreter islamischer Verbände  
Am 24.3.2014 trifft Herr Bundesinnenminister Dr. de Maizière erneut Vertreter islamischer Verbände. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht das gemeinsam erarbeitete Arbeitsprogramm für die Fortführung der Deutschen Islam Konferenz in dieser Legislaturperiode. Darauf hatten sich die Teilnehmer bei ihrem Auftaktgespräch Ende Januar verständigt. Die Deutsche Islam Konferenz soll sich in den nächsten Jahren zunächst auf zwei konkrete Handlungsfelder konzentrieren: Wohlfahrt und Seelsorge. Das Arbeitsprogramm wird einige Eckpunkte nennen, wie diese Themen behandelt werden sollen. Außerdem wird es Grundzüge der künftigen Arbeitsstruktur zeigen, mit denen die Arbeiten effektiv und flexibel durchgeführt werden können. Zu einem Bildtermin zum Auftakt der Gespräche sowie einem gemeinsamen Pressestatement im Anschluss an die Gespräche laden wir Sie herzlich ein.  
Zeit: 24. März 2014, 14:30 Uhr: Auftaktbilder  
16:00 Uhr: Pressestatement  
Bundesministerium des Innern  
Besucherzentrum  
Alt Moabit 101d  
10559 Berlin  
Journalistinnen und Journalisten müssen sich für die Wahrnehmung des Bildtermins aus organisatorischen Gründen (Personen- und Ausrüstungskontrolle) bis spätestens 24.03.2014, 14:15 Uhr und für das Pressestatement bis spätestens 15:45 Uhr im Bundesministerium des Innern (Nebeneingang), Alt Moabit 101d, 10559 Berlin einfinden und werden von dort zum Veranstaltungsort geleitet. Nach diesem Zeitpunkt kann ein Zugang zum Termin nicht gewährleistet werden.  
BITTE BEACHTEN SIE FOLGENDE HINWEISE:  
Für die Wahrnehmung dieses Termins genügt die Jahresakkreditierung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Nur Journalistinnen und Journalisten, die nicht im Besitz einer gültigen Jahresakkreditierung sind, müssen sich bis zum 21. März 2014, 12:00 Uhr online unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) (siehe Terminhinweise) oder mittels des beigefügten Rückmeldebogens für diesen Termin gesondert akkreditieren. Ohne Akkreditierung kann kein Zutritt gewährt werden - Nachakkreditierungen vor Ort sind NICHT möglich.  
Der Zugang inkl. Sicherheitskontrolle findet im Bundesministerium des Innern, Nebeneingang, Alt Moabit 101d, 10559 Berlin statt.  
Bundesministerium des Innern (BMI)  
Alt-Moabit 101 D  
10559 Berlin  
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089  
Telefax: +49 30 18681-1083  
Mail: [presse@bmi.bund.de](mailto:presse@bmi.bund.de)  
URL: <http://www.bmi.bund.de>

### Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

[bmi.bund.de](http://bmi.bund.de)  
[presse@bmi.bund.de](mailto:presse@bmi.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

[bmi.bund.de](http://bmi.bund.de)  
[presse@bmi.bund.de](mailto:presse@bmi.bund.de)

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.